

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 52 (1918)

345 (17.12.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-26053](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-26053)

Die "Nachrichten" erscheinen täglich, auch an den Sonntagen. — Vierteljährlicher Bezugspreis 4 M 20 P., durch die Post bezogen mit Bestellgeld 4 M 62 P. Man bestelle bei allen Postanstalten, in Oldenburg in der Geschäftsstelle Peterstr. 28, Fernspr.-Anschl.: Schriftleitung Nr. 199, Geschäftsstelle Nr. 46.

Nachrichten

für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 345.

Oldenburg, Dienstag, den 17. Dezember 1918.

52. Jahrgang.

Vollzugsrat und Volksbeauftragte.

Der erste Tag der Räte-Konferenz.

Flammendes Rot war das Zeichen, unter dem der erste allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands im alten Abgeordnetenhaus sich am Montag versammelte. Es griffte vom Gehänge des Vorstandes, von der Rednerbühne und von den Wänden her an der Wand hängenden großen Lamentfränge. Die das weite Parterre bis zum letzten Platz füllenden über 400 Delegierten und die dichtbesetzten Tribünen verhielten in feierlichem Schweigen, während der Volksbeauftragte Ebert den Kongreß begrüßte und seine bedeutsamen Aufgaben umriß. In feierlichem Händeklatsch brach dann der Beifall los, als Ebert mit dem Hinweis schloß, daß nur wahre Demokratie, einheitlicher Wille der Volksmehrheit, nicht etwa aber Eigenwillen und Eigenmächtigkeit die Früchte der Revolution zu sichern vermögen. Kein Zweifel: die maßvolle Richtung Ebert hat starken Anklang im revolutionären Parlament, und man muß sagen, daß er die Hörer besser zu packen versteht als der einseitigen den Vorstoß führende, später den Bericht des Vollzugsratschusses erstattende Reich Müller mit seiner schleppenden Rede. Die Gegenüber unter den Kongreßmitgliedern blühten zunächst nur schwach auf: bei den Räten der drei Präsidien und neuen Schriftführer. Ein Matrose schloß vor den Matrosen Klub, die Präsidien der Republik Ostpreußen, zu wählen. (Heiterkeit.) Er führt die Geschäfte der neuen Republik. (Zuruf: Aber wie!) Es wird fast einstimmig Leiser, Hannover, zum Vorsitzenden gewählt. Doch unter seiner ruhigen Bestimmtheit des neuen Präsidenten Leiser Hannover wurde schließlich reibungslos eine partielle Befestigung des Bittros durchgeführt, wobei die Unabhängigen verhältnismäßig besser abschnitten als die Mehrheitssozialisten. Andererseits erlitt die Spartakusfraktion Liebknecht-Luzemburg eine glatte Niederlage, indem ein Antrag, sie als Gäste zum Kongreß zuzulassen, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde.

Der Vorsitzende des Vollzugsratschusses, der Berliner Richard Müller, spitzte seinen sehr langwierigen Redenschaftsbericht, der etwa zwei Stunden dauerte, in einer heftigen Anklage gegen die Volksbeauftragten zu. Immer und überall sei er auf den Widerstand der Regierung gestoßen, die sich ebenso wie die militärischen Stellen über seine Weisungen und Beschlüsse hinwegzusetzen verstanden habe. Seine Darlegungen aber bewiesen nichts anderes, als daß der bisherige Zustand nicht länger aufrecht zu erhalten wäre, daß man sich hüben und drüben nicht verhalten hat und nicht verstehen wollte. Der Kern des Uebels war, daß der Vollzugsratschuss allen Anmachungen zum Trotz immer wieder in die Exekutiv, die allein der Regierung, sofern sie diesen Namen verdienen soll, vorbehalten bleiben muß, eintritt. Die Volksbeauftragten beabzweckten allen diesen Angriffen gegenüber, trotz ihrer Zivilschwäche, die die Wahrheit mancher Meinungen bestritten, eine Ruhe, die nur der aufbringen kann, der seiner Sache ganz sicher ist.

Und schon der erste Tag der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Reich zeigte, daß die Stunden des Berliner Radikalismus gezählt sind und daß in diesem Parlament eine entscheidende Mehrheit hinter den Volksbeauftragten steht. Vollends die Spartakisten haben in ihr nur eine ganz kleine, wenn auch um so laudare Anhängerzahl. Gänzlich verpufft ist ihre Demonstration, zu der sie die Berliner Arbeiterschaft aufgerufen haben und die nur einige Tausend Arbeiter aus den Werkstätten gelockt hat, wo ihrer Hände Fleiß nur notwendiger Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens jetzt unentbehrlicher ist als je. Der Sprecher der Demonstranten, der dem neugewählte Präsidenten, der Mehrheitssozialist Leiser, Hannover, mit Zustimmung dieses im Formale nicht allzu ängstlich besorgten Parlamentes freies Wort verflachte, fand für seine radikalen Forderungen wenig Gegenliebe. Stürmische Ablehnung antwortete auf sein Programm, das die Ablegung der Volksbeauftragten, die Entwaffnung der Gegenrevolution, aber die Bewaffnung des Proletariats und die Bildung einer Roten Garde empfahl. Und es wäre fast zu einem Sandsturm gekommen, als das unentwegte Fühnlein der Ultraradikalen am Schluß der Sitzung den Antrag wiederholte, Liebknecht und Rosa Luxemburg den Zutritt zu der Sitzung zu gestatten.

Der großen Majorität der Räte aus dem ganzen Reich ist es offensichtlich um ernste und föderliche Arbeit zu tun. Das bewies schon die gute Zucht, mit der sie sich zu erschöpfenden parlamentarischen Führung ihres Vorgesetzten unterordneten und alle Schwärmergeiten eines Bewußtes, das sich sein Bureau und seine Geschäftsordnung zu schaffen mußte, überwand. Man darf voraussetzen, daß dieses provisorische Parlament sehr wesentlich zur Bewandlung der bisherigen Zustände beitragen wird. Man

darf der Wahl des neuen Vollzugsratschusses mit guten Erwartungen entgegensehen und hoffen, daß die Reichsräte nicht nur sich entschieden für die Nationalversammlung, sondern auch für ihre möglichst baldige Einberufung einsetzen werden. Kennzeichnend für die Stimmung der Mehrheit war schon die heftige Aufnahme der gestern erwähnten Rede Eberts. Ebenso beständnisvoll wurde die Wahlung des Volksbeauftragten Dittmann, der bekanntlich der Unabhängigen Sozialdemokratie angehört, entgegengenommen, daß die Sozialdemokratie ihre Kraft nicht im Bruderkampf aufreiben möge. Kein, man will nicht Streit, man will noch weniger den Krieg gegen die eigenen Volksgenossen, man sieht sich nach fester Ordnung, nach Sicherung der demokratischen Erzeugnisse durch demokratische Mittel.

Müller hatte in seiner breit ausladenden und unangenehmen Art recht wirkungsvoll seine Anklagen gegen die Presse der Mehrheitssozialisten, der er den „großen Schwundel“ von den angeblich verausgabten 800 Millionen zur Last legte, und gegen die Volksbeauftragten vorgebracht. Aber Dittmann hatte nach dem lauten Beifall, den Müller zum Schluß bei einer starken Minderheit fand, doch gleich die Hörer auf seiner Seite, als er einige Behauptungen Müllers glatt widerlegen konnte. Die Verbrennung wichtiger Aktienstücke im auswärtigen Amt erwies er ebenso als ein Märchen wie die Behauptung, Solz habe noch immer an seinem Amte. Denn Raushy hat in der Wilhelmstraße alle Aktien unversehrt vorgefunden, und Solz warte nur, auf Wunsch der Regierung, so lange, bis sein Nachfolger ihm die Geschäfte abnehmen werde. Die lange Liste der bisherigen positiven Maßnahmen der Regierung, die ein so schweres Erbe anzutreten hatte, wurde mit deutlicher Genauigkeit zur Kenntnis genommen, und nachdem Dittmann gesprochen hatte, konnte man kaum mehr im Zweifel darüber sein, wer bei diesem Duell zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsratschuss als Sieger verbleiben wird. Es hätte kaum noch der scharfen Siebe bedurft, die ein Essener Delegierter darauf gegen die in der Probiting mit so großer Erbitterung angenommene Diktatur des Berliner Vollzugsratschusses geführt hat.

Berlin, 17. Dez. Die Mehrzahl der Regimenter hat eine neue Einstellung für die Unterstützung der Reichsregierung Eber-Gaase bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung gefast. Der Beschluß ist bedeutungsvoll. Angesichts der von Liebknecht zur Niederwerfung der Regierung gegebenen Generalschulparole Berlin, Neuland, ist der Soldaten- und Arbeiterrat, der nur aus Anhängern Liebknechts bestand, von den zurückgetretenen Fronttruppen verjagt. Die Fronttruppen haben in Neuland das Rathaus, das Polizeipräsidium und alle öffentlichen Gebäude besetzt und die früheren Gemeindeverwaltungen, die aus Anhängern der Mehrheitsparteien bestanden, wieder eingeseht.

Berlin, 17. Dez. Telegraphische Aufforderungen der Spartakusgruppen an die Vertrauensmänner in Deutschland verlangen den Anschlag der Arbeiterschaft der deutschen Großstädte an den Berliner Demonstrationen. Die Aufforderung der Regierung, die Waffen abzuliefern, hat weder in Berlin noch in den Vororten zu dem geringsten Resultat geführt. Gleiche negative Resultate wurden aus den großen deutschen Industriezentren gemeldet.

Berlin, 16. Dez. Zuverlässigem Vermehren zufolge ist der Beschluß der Reichsregierung, die Wahlen zur Nationalversammlung umgehend anzuberaumen, ein endgültiger. Die Wahlen finden selbst für den Fall, daß die jetzt in Berlin tagende Konferenz der deutschen Soldaten- und Arbeiterräte sich gegen eine Nationalversammlung aussprechen sollte. (Man spricht vom 19. Januar als Wahltag.)

Absolute Mehrheit der Mehrheitssozialisten in Anhalt und Mecklenburg-Strelitz.

Die Wahlen für die konstituierende Landesversammlung in Anhalt hatten folgendes Ergebnis: Stimmen wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 92 229, bürgerliche Demokratie 54 447, Volkspartei 9255, Mittelstand 3249, insgesamt 159 180. Gewählt wurden 22 Mehrheitssozialisten, 12 bürgerliche Demokraten, 2 Volksparteier (Konferenz). Die Mittelständler erhielten im Hinblick auf die geringe Stimmenzahl keinen Vertreter. Die Unabhängigen konnten eine eigene Liste nicht aufstellen, da sie die erforderliche Zahl von Unterschriften nicht aufzubringen konnten.

Das Wahlergebnis vom Mecklenburg-Strelitz beträgt 22 Sozialisten, 16 Liberale, 3 Handwerker und 1 Bauernbündler.

Zur Lage.

Engländer konnte auch ein Bürgerlicher nicht für die Nationalversammlung am 19. Januar sprechen, wie Ebert in den Vorverhandlungen zu dem Rätekongreß, und schärfer würde sicher niemand mit den Spartakusleuten abgerechnet haben, als Scheidemann am letzten Sonntag. Mit äußerster Entschiedenheit trat Ebert gegen jede gewaltsame Beeinflussung des Volkswillens auf. „Wir stehen oberhalb mit ihr“ — damit betonte er die kommende gesetzgebende Versammlung in der sozialdemokratischen Mehrheit. In den drei großen Fragen, dem Schutz der deutschen Industrie, der Schaffung einer der jetzigen Regierung zur Verfügung stehenden Volkswehr und in der Einseitigkeit und Unabhängigkeit der Reichsregierung, versuchte er die Regierung der Volksbeauftragten vom Druck der Straße und von der Gefahr jeder Genatherrschaft loszulösen und fand in seinen Bestrebungen, die Regierungsschritte fester anzusetzen, auch die Unterstützung der demokratischen Räteversammlungen, die Sonntag in Berlin tagten. Liebknecht und Rosa Luxemburg dagegen erlitten im Kongreß eine förmliche Niederlage und wurden in ihrer Absicht, die Konferenz der A- und S-Räte im Abgeordnetenhaus unter die Herrschaft des Schwundes zu bringen, durch die übergroße Mehrheit der Teilnehmer in lärmender Empörung verhindert. Der Volkswehr der Regierung gegenüber wollen die Radikalen eine rote Garde bilden, und die Spartakusfraktion Winderjahren drohen zur Durchführung des Sechshundertarbeitertages mit bolschewistischen Zwangsmitteln. Auch neue Streiks haben die Zwangsherrschaft des Radikalismus zu befestigen. Der erste Tag der Rätekonferenz bewies aber wieder, wie bescheiden klein — im Vergleich zu ihrem Einfluß! — die radikale Masse selbst in Berlin ist. Die Fronttruppen treten immer energischer gegen sie auf. In Neuland haben sie kurzen Prozeß gemacht und die alten Mehrheitssozialisten wieder eingeseht. Es wird ihre nächste Aufgabe sein, die Verordnung der Regierung über die Waffenablieferung durchzusetzen, die bisher noch gar keinen Erfolg hatte. Dann ist der Liebknecht-Rabau weiterzu führen. Die Truppen stützen die Regierung Ebert-Gaase, die in der Frage der Wahl auch von den U. S. unterstützt wird, bis zur Nationalversammlung, und werden deren Fälligkeit auf den 19. Januar ganz zweifellos durchsetzen. Diesen Erfolgen der Volksbeauftragten gegenüber, zieht sich der Reichstag wieder zurück, obgleich er, im Vergleich zu den Räten, doch immerhin auf demokratischer Grundlage gewählt wurde. Ebert selber verlagte jetzt, daß die Regierung nicht genügend positive Arbeit leisten konnte auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten, wolle sie ihre Kräfte in den verschiedenen Widerständen erschöpfen müßte. Der heutige und der morgige Tag werden darüber entscheiden, ob sie jetzt freier gestellt wird und sich der Vollzugsratschuss auf die Kontrolle beschränkt. Ueberdies wird der Vorwurf der Verstoßung der Räte durch die Mittelung entkräftet, daß statt der 800 oder gar 1800 Millionen von ihnen eine halbe Million in Anspruch genommen ist! Schon das Schwanken der Offiziere verriet ihre Unzuverlässigkeit. Der Kongreß wird heute und morgen die Feuerprobe zu bestehen haben. Aber über seine Zusammenkunft und über seine Absichten braucht schon der erste Tag genügend Aufschluß zu geben die Hoffnung, daß wir schneller und unangefochener zur Volkswahl kommen, als es der äußersten Linken lieb ist. Damit geben wir der Verhandlungsfähigkeit mit der Entzweite im Sinne Wilsons entgegen, dem Frankreich so rasch zustubelt, wie noch keinem Monarchen. In der Rede des Präsidenten fehlt die leise Andeutung aller noch möglicher Entente-Wünsche wieder, und wenn er die Entscheidung der ewigen Grundfrage des Rechts und der Gerechtigkeit immer wieder betont, so werden die Engländer sowohl als auch die Franzosen diesen Vertheilungen mit süßsaurem Miene lauschen. Wenn die Freunde wirklich nach diesen Grundfragen handeln wollen, so müssen sie ihre maßlosen Forderungen manchen Pflock zurücklassen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Zukunft der nationalliberalen Partei. Wie die Nationalliberale Korrespondenz meldet, trat der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei am Sonntag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Die Verhandlungen wurden vom Staatsminister Dr. Friedberg geleitet. Der Zentralvorstand beschloß nach längerer Debatte auf Grund eines Antrages Dr. Vogel und Genossen, die Organisation der Nationalliberalen Partei aufrecht zu erhalten, wenn auch unter einem neuen Namen und dem Programm der Deutschen Volkspartei, wie es im Auftrag des Vorstehenden des Zentralvorstandes vorgeschlagen worden ist. An der Abstimmung beteiligten sich

Hierzu eine Beilage.

